

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 4

Rubrik: Unsere Meinung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

11. Jahrgang Nr. 4
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 25. Februar 1970

Ein Dokument zur Lage der sowjetischen Schriftsteller

Das Protokoll von Solschenizyn

Das nachstehende Dokument ist eine Niederschrift, die Alexander Solschenizyn von jener Sitzung der Schriftsteller-Grundorganisation Rjasan machte, die seinen Ausschluss aus dem sowjetischen Schriftstellerverband beschloss. Der Entscheid in Rjasan war bloss formell. Er war zuvor vom Verbandssekretariat in Moskau verbindlich «empfohlen» worden und trat mit der Bestätigung durch diese gleiche zentrale Instanz in Kraft. Wir lassen den Wortlaut der Debatte für sich selbst sprechen.

Ueber die Sitzung der Schriftsteller-Organisation von Rjasan, 4. November 1969, 15—16.30 Uhr

Von den sieben Mitgliedern der Schriftsteller-Organisation Rjasan sind sechs anwesend (Ernst Safonow, Sekretär der Sektion Rjasan, befindet sich zu einer Operation im Spital): F. N. Taurin, Sekretär des Schriftstellerverbandes der RSFSR (Russische Föderation); Alexander Sergejewitsch Koschewnikow, Sekretär für Agitation und Propaganda der KPdSU-Sektion Rjasan; Powarenkin, Verlagslektor; drei weitere Genossen von Bezirksorganisationen.

Diese Niederschrift wurde von Solschenizyn während der Sitzung vorgenommen. Traktandum ist das angekündigte Thema: Informierung durch den Sekretär des RSFSR-

Schriftstellerverbandes, Taurin, über den Beschluss des Sekretariats des RSFSR-Schriftstellerverbandes «Ueber Massnahmen zur Stärkung der ideologischen Erziehungsarbeit unter den Schriftstellern».

Die Informierung dauert nicht sehr lange. F. Taurin liest den Beschluss des RSFSR-Schriftstellerverbandssekretariats vor (Ausschluss von Solschenizyn wird empfohlen; Anm.) unmittelbar veranlasst durch die Flucht von A. Kusnezow ins Ausland. Der Vortragende instruiert die neuen Massnahmen, die zur ideologischen Erziehung der Schriftsteller zu ergreifen sind. Er führt aus, dass entsprechende Sitzungen bereits in vielen Schriftsteller-Bezirksorganisationen auf hoher Ebene stattgefunden haben, namentlich in der Moskauer Schriftsteller-Organisation. Dort wurden Beschuldigungen erhoben gegen Lydia Tschukowskaja, Lew Kopelew, Bulat Okuschawa und ebenso gegen ein Mitglied der Schriftsteller-Organisation Rjasan, Solschenizyn.

Diskussion

(Redezeit je Sprecher maximal 10 Minuten.)

Wassilij Matuschkin (Mitglied der Schriftsteller-Organisation Rjasan) nach einigen allgemeinen Ausführungen über die Lage in der Organisation Rjasan: „Ich kann die Einstellung des Genossen Solschenizyn gegenüber der Literatur und unserer Schriftsteller-Organisation nicht stillschweigend hinnehmen, denn ich trage hier Verantwortung. Ich habe ihn seinerzeit zur Mitgliedschaft im Schriftstellerverband empfohlen. Meine heutige Kritik an ihm ist somit auch Selbstkritik. Als «Iwan Denissowitsch» erschien, akzeptierte ich nicht alles davon. Vieles daran missfiel mir schon damals. Aber nach den Besprechungen von Simonow und Twardowski konnten wir das nicht sagen. Wir alle hofften, dass Solschenizyn sich für unsere Schriftsteller-Organisation als Gewinn erweisen würde. Doch die Hoffnungen erfüllten sich nicht. Betrachten wir beispielsweise seine Einstellung zu unserer Schriftsteller-

(Fortsetzung auf Seite 2)

IN DIESER NUMMER

Der vorletzte Mohikaner 6/7

Michael Stemmer über Cerniks Ersetzung durch Strougal.

Aus dem Notizbuch von Valerij Tarsis 8

Der ehemalige Sowjetschriftsteller wird ZB-Korrespondent.

Erziehung und Aufklärung in den Volksdemokratien 9

Fortsetzung der Serie von Ervin György.

Lateinamerika-Uebersicht 10/11

Von Alphonse Max.

Unsere Meinung

Der Terror macht sich bezahlt.

Die Sprengstoffanschläge auf Kursflugzeuge nach Israel, von denen eines in der Schweiz zum Absturz gebracht wurde, hatten eine unmittelbare Folge: Die von palästinensischen Aktionen bedrohten Fluggesellschaften sperrten die Frachtbeförderung nach Israel. Die Unerlässlichkeit dieser und entsprechender Sicherheitsvorkehrungen stelle ich hier nicht zur Diskussion, aber im Ergebnis bedeuten sie Boykottmassnahmen gegenüber Israel. Das ist genau das, was die kriegführenden Araber und ihre palästinensische Vorhut zu erreichen suchen, und bestraft wird das Opfer ihrer Aggression. Und das ist, wohlverstanden, die Konsequenz jener Reaktion, die sich in ihrem ganzen Wollen gegen den palästinensischen Terror richtet, seine Opfer vor ihm beschützen will. Dass dieses Paradox möglich, ja unvermeidbar und zwingend ist, zeigt auf, dass irgend etwas sehr falsch geworden ist.

Wenn die Polizei jemanden, der bedroht ist, durch scharfe Bewachung in seiner Bewegungsfreiheit einschränkt oder ihn in Schutzhaft nimmt, so gilt es als selbstverständlich, dass diese provisorische Dringlichkeitsmassnahme den Charakter eines notwendigen Uebels hat und die Hauptaufgabe darin besteht, die Bedrohung zunichte zu machen.

In der vorliegenden Analogie (denn grundsätzlich handelt es sich tatsächlich um eine Analogie, denke ich) verhält es sich nun so, dass «die Polizei» zur Lösung ihrer Hauptaufgabe nicht nur keine Mittel, sondern auch gar keine Anweisung hat. Wenn aber das der Fall ist, dann ist nicht mit den Ordnungskräften zu rechten, sondern mit der gesamten Gesellschaft, die sie trägt. Das ist in unserer Analogie unsere gesamte westliche

(Fortsetzung auf Seite 12)



Alexander Solschenizyn.

Unsere Meinung

(Fortsetzung von Seite 1)

Gesellschaft. Sie hat schon eine ordentliche Zeit hindurch versagt, und ihr Versagen wird durch Ereignisse à la «Unglück» von Würenlingen, die ihre Schatten nun wirklich zur Genüge vorausgeworfen hatten, nur gerade zeitweilig aktualisiert.

Seit Jahr und Tag werden Staaten, welche sich die Freiheit herausnehmen, Israel gegenüber nicht feindlich eingestellt zu sein, Opfer von Kriegshandlungen einer Organisation, welche in einer Reihe von Staaten offiziellen Status hat und deren Ziele dort als massgeblich anerkannt werden. Die Aktionen der Palästinenser sind als Kriegshandlungen durchaus deklariert. Nicht nur ihre Anwälte, sondern auch die Regierungen ihrer Operationsbasis nehmen sie ja vor der Interpretation in Schutz, dass sie gewöhnliche Rechtsbrecher seien. Somit befinden wir uns bei jeder palästinensischen Operation in unsern Ländern in Kriegszustand mit jener Organisation und ihren offiziellen Gastgebern. Auf unseren Territorien wird Krieg geführt. Zum Teil gegen Israel, zum Teil gegen uns selber. Diesen Kriegszustand anerkennen wir natürlich nicht. Statt dass wir die bei uns kämpfenden Truppen der kriegführenden Partei entweder als Kriegsgefangene (was der Fiktion ihres hier befindlichen kombattanten Feindes bedürfte) oder (bei Ermordung nichtkombattanter Zivilisten) als Kriegsverbrecher behandeln, behandeln wir sie als Delinquenten gemeinen Rechts, womit wir es uns ersparen, ihre Auftraggeber zu behandeln, die mit uns durch völkerrechtswidrige und kriegsverbrecherische Aggressionsakte Krieg führen.

Ich sehe natürlich ein, dass mir der obenstehende Absatz im besten Fall den Vorwurf des realpolitischen Wahnsinns und sonst wohl den Vorwurf der Kriegshetze einträgt. Kriegshetzer wäre dann derjenige, welcher kriegsverbrecherische Kriegshandlungen einer kriegführenden Partei als Krieg bezeichnet und als Aggressionskrieg verdammt. Was den realpolitischen Wahnsinn angeht, so bin ich durchaus der Ansicht, dass er genau das ist, nämlich der Wahnsinn jener Realpolitik, die anscheinend unser Schicksal ist.

Nun, selbstverständlich ist den Verhältnissen Rechnung zu tragen, und niemand wird im Ernst verlangen, dass die palästinensischen Kriegshandlungen gegen unsere Länder so quittiert werden müssten, dass beispielsweise die RAF oder die westdeutschen Starfighter (sofern sie absturzfähig bis zum Feindkontakt kämen) oder die helvetisch elektronisierten Mirages palästinensische Operationsbasen bekämpften.

Sehen wir also davon ab, von unsern Vollzugs-

organen realpolitische Unmöglichkeiten zu verlangen, und beginnen wir damit, von unserer westlichen Gesellschaft erkenntnispolitische Möglichkeiten zu verlangen.

Hören wir endlich auf, die palästinensischen Verbrechen, die wir formaljuristisch als gemeine Delikte zu behandeln genötigt sind, politisch als Auswüchse einer Kriegsführung zu betrachten, die leider wie jede andere Kriegsführung auch zu verbrecherischen Uebertreibungen neigt und darüber hinaus die fatale Eigenschaft hat, uns dadurch zu behelligen, dass sie vergisst, wo sie eigentlich hingehört. Was wir hier an palästinensischen Aktionen zu sehen bekommen, gehört nicht zu den Auswüchsen, sondern zum System der palästinensischen Kriegsführung. Ihre Kämpfer lassen sich den Angehörigen von Hitlers SS vergleichen. Und wie jene nur von ihrem nationalsozialistischen Hinterland her zu verstehen waren, so sind auch diese das Produkt eines Ideologisierung- und Politisierungsprozesses, das sie folgerichtig zu jenem Hass erzog, der sie so unbedingt beherrscht. Ganz abgesehen davon, dass eine direkte Nachfolge zum Nationalsozialismus besteht. Man denke nur schon daran, dass Hitlers «Mein Kampf» die Lektüre für palästinensische Guerillas und für arabische Schulkinder bildet. Beim Krieg im Nahen Osten bestehen zwischen den Gegnern ebenso fundamentale Unterschiede wie im Zweiten Weltkrieg zwischen Hitlerdeutschland und den europäischen Demokratien. Wenn aber eine Konfrontation dieser Art stattfindet, sind wir an sich schon zur Parteinahme nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet. Wenn schon nicht staatlich, dann ganz bestimmt gesellschaftlich. Zu dieser grundsätzlichen Einstellung darf man sich nun auch öffentlich und mit dieser Begründung bekennen. So besteht kein, aber auch gar kein Anlass, in der hiesigen politischen Auseinandersetzung die hitlersche Erbschaft und Vergleichbarkeit der Palästinenser schamhaft zu vergessen, aus toleranter oder meistens wohl einfach ängstlicher Rücksicht auf deren europäische Sympathisanten, die noch die Stirn haben, sich antifaschistisch zu nennen. Hier ist ihre Forderung auf Ideologisierung und Politisierung des öffentlichen Lebens zu erfüllen und gegen sie anzuwenden.

Die Oeffentlichkeit hat in den letzten zwei Jahren eine Flut von Material zur objektiveren, differenzierteren und vorurteilsfreieren Würdigung des Palästinenserproblems erhalten. Vom Elend in den Flüchtlingslagern bis zum Psychogramm von Flugzeugattentätern unter Erwählung von völkerrechtswidrigen Häuserverbrennungen der Israelis zwecks Aufdeckung der Tatsache, dass «auch die Israelis keine Lämmer sind» (sie waren es einmal, als man sie zu den Gaskammern führte; sollen sie es wieder sein?). Ich meine hierzu, dass man sich mit all dem Material ruhig

vertraut machen darf. Aber ich meine ferner, dass man sich dadurch seine grundsätzliche Stellungnahme nicht verwedeln lassen darf. Das alles hat seinen Platz, sogar wie eine Studie über die psychologischen Gegebenheiten der Sudeten- deutschen oder die Lage der Arbeitslosen im Ruhrgebiet ihre Nützlichkeit zum Verständnis der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs haben kann. Aber sowenig sich aus einer solchen Studie eine Apologie des Nationalsozialismus ergeben darf, sowenig entheben uns die heutigen Schilderungen «zum Verständnis der Voraussetzungen» der Pflicht zu einer grundsätzlichen Stellungnahme.

Wenn es um die internationale Einbettung des «Palästina»-Konflikts geht, spaltet sich unser öffentliches Bewusstsein vollends. Da haben wir die Araber unter palästinensischer Vorhut: kriegslüstern und kriegstreibend, im nachweislichen Sinne faschistisch und verbrecherisch. Und da haben wir eine Grossmacht, welche nicht nur ganz und gar Partei für deren Sache ergreift, sondern sie im ungeheuersten Masse aufrüstet und recht eigentlich die materielle Voraussetzung zum neuen Kriege ermöglicht. Eine Grossmacht, die den Prozess der Hasserzeugung zur eigenen imperialistischen Expansion im gesamten arabischen Gebiet benützt, welche sich der erklärten Freundschaft jener arabischen Regimes erfreut, welche die faschistische Militanz am weitesten treiben, und jene Regimes zu stürzen hilft, welche dieser Entwicklung noch zu widerstreben suchen. Ist es da nicht evident, dass dieser Grossmacht die Hauptverantwortung an dieser Kriegssituation zufällt, dass jeder Widerstand gegen den arabischen Faschismus mit dem Widerstand gegen den sowjetischen Imperialismus beginnen muss? Aber nein. Die sowjetische Rolle als treibende Kraft dieser ganzen Krise ist das grosse Tabu unserer westlichen Gesellschaft, die sich aus Anpassung darauf versteift, den Sowjets ausgerechnet eine mässige Rolle zuzuschreiben und ihnen das Alibi zu weiterem Machtausbau in diesem wichtigen Teil der Erde gleich selber zu basteln. Da rät ein jeglicher Leitartikler siebenmal in der Woche «den beiden Grossen» (UdSSR und USA) in scheinheiliger Parallelsetzung, doch zusammen eine Lösung zum Konflikt Naher Osten zu suchen. Das ist ebenso gescheit, wie wenn man seinerzeit England und Hitlerdeutschland angeraten hätte, doch zusammen eine Lösung zum Problem von Mussolinis Ueberfall auf Albanien zu suchen. Wenn die Lösung anders aussehen soll als in der endlichen Vernichtung Israels und im straffreien Triumph des Totalitarismus in seinen beiden Gestalten Faschismus und Kommunismus über Nordafrika, dann darf die «gemeinsame Suche» zwischen Washington und Moskau nur darin bestehen, dass die Sowjetunion in die Schranken gewiesen wird.

Christian Brügger

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telephon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Bulletin d'études politiques (Monatszeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa) • Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse) • Service de presse I.S.E. (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragendienst • Buchhandlung (kostenlose Monatsübersicht: Das politische Buch) • Verlag.